

FÜR EINE GESUNDE MEDIKAMENTENPOLITIK

Walter P. Hölzle

Die politischen und medialen Debatten der vergangenen Jahre um die schweizerische Gesundheitspolitik vermitteln den Eindruck, mit Massnahmen im Medikamentenbereich könnten die anstehenden Probleme im Gesundheitswesen weitgehend gelöst werden. Zwar konnten damit tatsächlich erhebliche Einsparungen erzielt werden. Jetzt aber stösst das Regulierungssystem an seine Grenzen.

Der Medikamentenmarkt ist für Sparmassnahmen ein einfaches Übungsfeld: Wirkung und Sicherheit eines Medikaments werden von Swissmedic streng und kontinuierlich geprüft. Was immer die Politik regelt, generelle Einbussen bei der Qualität der Medikamente sind nicht zu befürchten.

DIREKTE STEUERUNG DURCH DEN BUND

Preistransparenz herrscht im Medikamentenbereich wie in kaum einem anderen Bereich der medizinischen Versorgung. Das Bundesamt für Gesundheit unterzieht jedes Medikament, das von der obligatorischen Grundversicherung zu bezahlen ist, einem umfassenden und regelmässigen Verfahren zur Prüfung der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Und um die Wirtschaftlichkeitsbewertung eines Medikaments zu vereinfachen, vergleicht man seinen Preis mit demjenigen in vergleichbaren Ländern. Damit importiert die Schweiz wie in keinem anderen Gesundheitsbereich ausländische Systeme und Währungen. Dazu kommt: Der Bundesrat kann – gegebenenfalls mit dem Parlament – die Medikamentenpreise direkt steuern. Dies im Gegensatz zu den föderalistisch geregelten Gesundheitsleistungen. Das hat er in den letzten Jahren erfolgreich getan: Die Medikamentenkosten sind im Gegensatz zu allen anderen medizinischen Leistungen in unserem Land stark rückläufig.

NEGATIVE SPARBILANZ

Allerdings haben die Eingriffe in den Medikamentenmarkt in der Schweiz auch ihre Schattenseiten. Der massiv stärker gewordene Schweizer Franken bewirkte dramatische Preiseinbrüche. Sechzig und mehr Prozent der Aufwendungen aller in der Schweiz tätigen Pharmaunternehmen fallen in Schweizer Franken an, egal ob ihr Hauptsitz und ihre Produktion in der Schweiz oder im Ausland liegen. Trotzdem werden die Auslandswährungen als wichtigster Massstab für die Preisfestsetzung herangezogen. Die Auswirkungen: Die Ertragsmargen der Pharmaunternehmen schmelzen, entsprechend müssen sie Kosten senken und Unternehmensteile ins Ausland verlagern. Zudem wird die Schweiz als internationaler Handelsplatz für Medikamente als Folge der tieferen Referenzpreise unattraktiver.

Wer diese Entwicklung ganzheitlich beurteilt, stellt fest, dass mit Preissenkungen in der Krankenversicherung zwar Geld gespart werden kann, dass aber gleichzeitig die direkte und indirekte Wertschöpfung der in der Schweiz tätigen in- und aus-

ländischen Pharmaunternehmen drastisch zurückgeht. Und wer sich mit diesen Konsequenzen vertieft befasst, kommt zum beunruhigenden Schluss, dass es sich nicht um ein Nullsummenspiel handelt, sondern dass unsere Volkswirtschaft mit Medikamentenpreissenkungen über alles gesehen verliert.

BEANSPRUCHT DIE SCHWEIZ SUBVENTIONEN?

Im Medikamentenmarkt ist künftig nicht mehr viel zu holen. Es sei denn, die Einsparungen sollen zulasten der Qualität gehen. Ist das möglich? Wenn die Schweiz trotz hoher Kostenstruktur ein Preisniveau im Medikamentenmarkt anstrebt, das gar unter demjenigen vergleichbarer Länder liegt, ist eine Versorgung nicht mehr gesichert. Eine unrealistische Prognose? Keineswegs, wir erleben dies bereits heute. In ganz Europa bestehen Programme, welche die therapeutische Versorgung von Patienten mit seltenen Krankheiten sichern. Damit wird auch der Einsatz von teureren Medikamenten möglich. Ein solches Programm fehlt in der Schweiz. Die Konsequenz: Sowohl das Bundesamt für Gesundheit wie auch die Krankenversicherer sind nur sehr beschränkt bereit, für diese Medikamente die gleichen Preise festzulegen, wie sie seit Jahren von den Sozialversicherern in den anderen Ländern bezahlt werden. Da stellt sich die provozierende Frage: Will sich die Schweiz im Medikamentenbereich von anderen Ländern mit vergleichsweise geringerem Wohlstand subventionieren lassen?

EINE REFORM IST UNABDINGBAR

Es ist zu begrüssen, dass Bundesrat Alain Berset grünes Licht erteilt hat, das Preisbildungssystem für Medikamente grundsätzlich zu reformieren. Gelingt es, ein System zu implementieren, das nicht primär von ausländischen Gesundheitssystemen und Währungen abhängt, das nicht den Preis eines Medikaments sondern dessen Nutzen für die Patienten in den Vordergrund stellt und das darauf fokussiert, allen Patienten in der Schweiz ohne Zeitverzug neue medikamentöse Therapien zur Verfügung zu stellen, werden wir weiterhin eine qualitativ hochstehende Medikamentenversorgung haben. ■



Walter P. Hölzle
Präsident vips
Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz
www.vips.ch